

Dieser von Tocqueville beschriebene Zentralstaat, in dem die Individuen schwach und dieser selbst stark ist und den Bürgern die Verantwortung für sich selbst ein Stück weit abnimmt, würde in heutiger Sprache dem entsprechen, was wir *Wohlfahrtsstaat* nennen (vgl. Campagna 2001: 15). Der Zentralstaat ist für Tocqueville demnach eine Bedrohung, weil er sich zum »despotischen Wohlfahrtsstaat« entwickeln könne (vgl. ebd.: 161). Um die Freiheit sei es in diesem Staat dann nicht gut bestellt. Ein solches Staatsverständnis gleiche der »idée que l'esprit d'une nation est une espèce de pâte que l'État a le droit de pétrir suivant une certaine vue unique et uniforme dont il est seul juge« (OC II, 2: 418).<sup>34</sup> Ein Staat, der aktiv für eine Form von materiellem Ausgleich und für eine Form von Armenfürsorge eintritt, ist laut Tocqueville eine Gefahr für die Freiheit. Insofern ist es keine Überraschung, dass seinen Schilderungen zufolge besonders die »unteren Klassen« Englands nach Zentralisierung streben und die aristokratisch geprägten Ortsverwaltungen bekämpfen, wohingegen die englische Aristokratie sich dieser Entwicklung nach Kräften zu widersetzen versucht (vgl. DA: 795). Tocqueville richtet sich damit gegen den Zentralstaat, gerade weil dieser im demokratischen Zeitalter die Grundlage sozialistischer Vorstellungen bildet.

## 7 Intermediäre Institutionen

Von der Zentralisierung infolge der französischen Revolution von 1789 betroffen waren in erster Linie die sogenannten »Zwischengewalten«, die auch als »intermediäre Institutionen« bezeichnet werden (vgl. Bluhm 2004: 41f.). Für Tocqueville spielen sie als politische Institutionen eine zentrale Rolle. Sie sollen unter anderem die Lücke füllen, die der Verlust der Bande hinterlassen hat, die die aristokratische Gesellschaft zusammengehalten hätten. Doch was ist unter intermediären Institutionen zu verstehen? Der Begriff geht auf Montesquieu zurück, der damit die Organisation der Herrschaft im monarchischen Staat beschreibt. Dieser sei auf eine Form der Vermittlung der Herrschaft vom Monarchen zu der Bevölkerung angewiesen:

»Die erwähnten Grundgesetze – das Fundament der Staatsführung in der Monarchie – setzen notwendigerweise vermittelnde Kanäle voraus, durch die die Macht fließt: Denn wenn es in einem Staat nur den vom Augenblick und der Laune bestimmten Willen eines Einzelnen gibt, kann nichts feststehend sein: Und infolgedessen gibt es dann auch kein Grundgesetz. Die natürlichste untergeordnete Gewalt zwischen Volk und Führung ist die des Adels.« (Montesquieu 1950: 89)

34 Dieses Staatsverständnis sei, wie Tocqueville an dieser Stelle anmerkt, einer der größten Fehler der französischen Revolution von 1789 gewesen. Eine ähnliche Formulierung findet sich in dem Bild, was er in *Über die Demokratie in Amerika* von einer neuen Despotie unter demokratischen Vorzeichen zeichnet (vgl. DA: 815).

Neben dem Adel war für Montesquieu aber auch die Geistlichkeit und die Verwaltung der Städte eine solche Zwischengewalt, die die Funktion der politischen Mäßigung und Vermittlung erfüllten (vgl. Rolin 2003: 271). Seit der Aufklärung wird der Begriff der intermediären Institution oder der Zwischengewalt daher mit dem Ständestaat verbunden (vgl. Eberl/Erbenraut 2022: 13f.). Heute werden unter dem Begriff der intermediären Institutionen jene Einrichtungen verstanden, deren Aufgabe die Interessenvermittlung zwischen Staat und Gesellschaft ist. Dazu können klassisch Parteien, Gewerkschaften, Verbände, aber auch die Prinzipien des Föderalismus, der familiären Verwandtschaft sowie alle möglichen Formen von Assoziationen, Korporationen, Sektionen und dezentralen Körperschaften zählen (vgl. ebd.: 25).

Tocquevilles Auseinandersetzung mit intermediären Institutionen schließt zwar an die Auffassung Montesquieus an (vgl. Herb/Hidalgo 2005: 76), die intermediären Gewalten des *ancien régime* sind für ihn aber für immer verloren. In Abweichung zu anderen liberal-konservativen Theoretikern will er nicht die alten intermediären Gewalten wiederherstellen, sondern zeigen, dass das Konzept anpassungsfähig ist und es somit auch spezifisch demokratische intermediäre Institutionen geben könne.<sup>35</sup> Die feudale Ordnung habe dafür gesorgt, dass die Menschen durch Beruf, Besitz oder Geburt festgelegt seien, sodass sie »sich alle als Kinder der gleichen Familie betrachten, [und] eine dauernde und tätige Zuneigung zueinander« (DA: 653) empfinden. So hätten Leibeigene sich zu Hingabe an den Herrn verpflichtet gefühlt, wohingegen dieser stets bereit gewesen sei, das Leben seiner Leibeigenen gegen äußere Gefahren »unter eigener Lebensgefahr zu verteidigen« (DA: 654). Die sozialen Bande des Feudalismus sind also im lokalen Zusammenleben der Menschen zu finden. Ihren Niedergang gilt es für Tocqueville in den demokratischen Gesellschaften zu kompensieren. Anderenfalls droht der demokratische Despotismus einer Zentralverwaltung.

»Die Menschen brauchen aber viel Verstand, Wissen und Können, um unter den gleichen Umständen mittelbare Gewalten zu schaffen und zu erhalten und angesichts der Unabhängigkeit und Schwäche der einzelnen Bürger freie Vereinigungen zu bilden, die imstande sind, ohne Zerstörung der Ordnung gegen die Tyrannei zu kämpfen [...]« (DA: 795).

Anders als im Feudalismus müssten in demokratischen Gesellschaften die intermediären Institutionen also erst von den Menschen erschaffen werden. Villa unterscheidet hierbei mit Blick auf Tocqueville zwischen den Gemeindeinstitutionen

35 In diesem Sinne unterscheidet Tocqueville die neuen intermediären Gewalten (*pouvoirs* oder *puissances intermédiaires*) der modernen Demokratie auch begrifflich von denen des *ancien régime*, den *corps intermédiaires* (vgl. Auderset 2021: 311).

als *permanent associations*, den Parteien als *political associations* und den Vereinen als *civil associations* (vgl. Villa 2006: 224f.). Tocqueville gehe es weniger um die Unterscheidung zwischen einer politischen und einer zivilen Gesellschaft oder zwischen politischen und zivilen Organisationen: Vielmehr stehe die Unterscheidung von lokalen und zentralen Organisationen im Mittelpunkt. Dazu gehörten für ihn Stadtversammlungen, eine freie Presse, die Trennung von Staat und Kirche, eine föderale Regierungsstruktur, politische Vereinigungen sowie nicht-politische Vereinigungen (vgl. ebd.: 219). Ich möchte hier drei intermediäre Institutionen genauer in den Blick nehmen, weil sie eine zentrale Rolle bei Tocquevilles Abfederung der Demokratisierung spielen: die politischen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen (Vereine und Parteien) und sowie die lokalen Institutionen der Selbstregierung.

## 7.1 Vereine und Parteien

Wenn zurecht betont wird, dass Tocqueville die Bedeutung der Zivilgesellschaft gegenüber den politischen Institutionen der Kategorie »Staatsorgane« hervorhebt, folgt daraus nicht, dass die Zivilgesellschaft »unpolitisch« sei. Das Gegenteil ist der Fall: Bei Tocquevilles Vorstellung von Zivilgesellschaft nehmen politische Institutionen eine zentrale Funktion ein. Die Zivilgesellschaft kann als Sphäre jener intermediären politischen Organisationen betrachtet werden, in der die für die Demokratie so wichtigen Sitten geprägt und kultiviert werden (vgl. Villa 2006: 224). Die Gründung von Vereinen erfolge etwa in den USA aus der Erfahrung, dass man sich auf keine höhere staatliche Macht verlassen könne, wenn man »gegen die Übel und Hemmnisse des Lebens« ankämpfen wolle: Ob es sich um religiöse, sittliche, gewerbliche oder politische Zwecke handele – in den USA beobachtet Tocqueville eine Neigung zur Bildung von Vereinen (vgl. DA: 216f.), denen er eine positive Wirkung auf das politische Leben zuspricht, insbesondere als Schutz vor der »Tyrannei der Mehrheit«. Neben der Neigung, zur Lösung täglicher Probleme des Zusammenlebens nicht etwa eine zentrale staatliche Instanz anzurufen, sondern sich zu organisieren und die Probleme kollektiv selbständig zu lösen, ist die politische Organisation von *Minderheiten* für Tocqueville besonders wichtig. Sollte die jeweilige sich in Besitz der staatlichen Macht befindliche Mehrheit die unterlegene Minderheit zu tyrannisieren beabsichtigen, sei diese durch die Organisation als Kollektiv nicht so wehrlos gegen die staatliche Macht wie die Individuen. In der verfassungsrechtlichen Garantie der Vereinsfreiheit der USA sieht Tocqueville daher eine »notwendige Sicherheit gegen die Tyrannei« (DA: 220).

Mit dieser Freiheit sind explizit auch politische Parteien gemeint, die Tocqueville als letzte Stufe der Bildung politischer Vereinigungen bezeichnet – die Möglichkeit der freien Bildung politischer Vereinigungen wird von ihm aus dem allge-

meinen Recht zur Vereinsgründung abgeleitet.<sup>36</sup> Bei dieser ersten Stufe der Vereinsgründung sammelte sich eine gewisse Anzahl von Bürgern, die ähnliche Anschauungen vertraten, um diese in der Gesellschaft zur »Geltung zu bringen« (DA: 217). Nachdem sich die Mitglieder kennengelernt und ein klares Ziel sowie einen Plan zu dessen Erreichung formuliert haben, komme die zweite Stufe zum Tragen: die Versammlungsfreiheit. Diese gebe der Vereinigung die Möglichkeit, sich an beliebigen Stellen des Landes niederzulassen und ihren Einfluss zu verbreitern (vgl. DA: 218). Schließlich erreiche die Vereinigung die dritte Stufe der politischen Partei, sobald sie Wahlversammlungen abhielten, um Delegierte zu ernennen, die die Gesamtheit der Mitglieder in einer zentralen Versammlung repräsentiere. Tocqueville unterscheidet also nicht grundsätzlich zwischen »zivilen« und »politischen« Vereinigungen (vgl. Villa 2006: 231ff.). Vielmehr sind diese in ihrer Entwicklung notwendig verzahnt und können nicht klar unterschieden werden.

Der politische Wert der Vereinigungen zum Schutz gegen die »Tyrannei der Mehrheit« kommt bei ihm gerade dann zur Geltung, wenn sie sich als politische Parteien konstituieren. Die Partei bilde dabei »eine Art Volk im Volke für sich, eine Regierung innerhalb der Regierung« (DA: 218). Als solche sei die politische Partei einer Minderheit in der Lage, das »Durchregieren« der regierenden Mehrheit effektiver zu erschweren als die einzelnen Bürger ohne eine solche Institutionalisierung gemeinsamer Interessen. Die nicht an der Regierung befindliche Partei würde somit versuchen, »die moralische Herrschaft der Mehrheit zu schwächen« und über öffentliche Kritik an der Regierungspartei schließlich deren Wähler »zu sich herüberzuziehen und alsdann in ihrem Namen über die Macht zu verfügen« (DA: 222). Für Tocqueville, der sich an sein französisches Publikum richtet,<sup>37</sup> ist dabei entscheidend, dass die amerikanischen Vereinigungen »in ihrem Ziel friedlich und in ihren Mitteln gesetzlich« (DA: 222) agieren würden, worin sie sich von den französischen Pendants unterschieden (vgl. DA: 222f.).

Im Hinblick auf die USA ist für Tocqueville jedoch nicht Partei gleich Partei, stattdessen unterscheidet er zwischen »großen« und »kleinen« Parteien. Damit ist nicht die Anzahl der Mitglieder oder der Stimmen, die sie bei Wahlen für sich entscheiden können, gemeint. Große und kleine Parteien unterschieden sich vielmehr nach ihrem inhaltlichen Programm, weshalb »Größe« hier als qualitativer Wert im Sinne Tocquevilles zu verstehen ist. »Großen« Parteien sei es um die Vorherrschaft von Ideen gegangen, von denen ihre jeweiligen Vertreter überzeugt gewesen seien. Als Beispiele nennt Tocqueville die föderalistische und die republikanische Partei

36 Zu diesem Zusammenhang gehört für Tocqueville auch, dass ein blühendes Leben bürgerlicher Vereine nicht innerhalb einer Gesellschaft zu erwarten ist, in der politische Vereine verboten sind (vgl. DA: 607f.).

37 Auf den politischen Kontext in Frankreich in den 1830er Jahren, wo ein Verbot von Vereinen im Raume stand, verweist Goldhammer (2009).

zur Zeit der Erlangung der amerikanischen Unabhängigkeit, deren Konkurrenz sich aus ihren unterschiedlichen Vorstellungen zur Einrichtung eines Staatswesens ergab. Ihnen seien »im Allgemeinen edlere Züge eigen, größerzügigere Leidenschaften, ein offeneres und kühneres Gebaren als den anderen« (DA: 199). In den demokratischen USA seien nun aber die »großen« Fragen längst den »kleinen« gewichen und mit ihnen auch der spezifische Parteitypus. Bei den »kleinen« Parteien sei der private Eigennutz das entscheidende Motiv des Zusammenschlusses und ihre Mittel »erbärmlich wie das Ziel selbst, das sie sich stecken« (DA: 200). Sie seien mehr an materiellen als an ideellen Werten interessiert und würden auf ein politisches »Glaubensbekenntnis« gänzlich verzichten (vgl. DA: 199f.). In einer Demokratie wie den USA sind es für Tocqueville dementsprechend die kleinen Parteien, die die Überhand gewinnen. Seine aristokratische Grundhaltung kann er bei seinem Lamentieren über den Verlust der »Größe« der Parteien und ihrer Gesinnungen nicht verbergen (vgl. Jörke 2011: 227). So bleibt auch seine Haltung zu Parteien im Allgemeinen ambivalent: »Die Parteien sind ein den freien Regierungen eigentümliches Übel« (DA: 199).

Während seine Betrachtungen zu den Parteien in *Über die Demokratie in Amerika* trotz der Bevorzugung »großer« Parteien einen eher beschreibenden Charakter aufweisen, greift Tocqueville in seiner Funktion als Politiker vor der Nationalversammlung im Vorjahr der Revolution von 1848 auf diese Überlegungen zurück, um seine politischen Überzeugungen zu untermauern. Hier überträgt er die Unterscheidung großer und kleiner Parteien zunächst auf die Zeit der Restauration. Dort habe es wahrhaft »große« Parteien gegeben, namentlich die des Mittelstands und die der Aristokratie. Nun aber, so formuliert es Tocqueville mit einem gewissen Bedauern, hätten die »Gesetze die Ausübung aller politischen Rechte auf eine einzige Klasse beschränkt« (Tocqueville 1967: 231): die Mittelklasse. Aufgrund der Homogenität des so abgesteckten politischen Spektrums habe es keine großen Parteien mehr geben können, nachdem die Revolution von 1830 der Aristokratie ihre politischen Vorrechte und damit ihren Status als »große Partei« entrissen habe (vgl. ebd. 231). Tocquevilles Festhalten an aristokratischen Elementen in der Politik wird hier erneut unter Beweis gestellt. Innerhalb dieser unproduktiven, politisch leblosen Konstellation deute sich jedoch ein neuer Konflikt »großer Parteien« an. Die Grundidee, um die sich diese Parteien mit ihren jeweiligen Positionen bilden, sei das Eigentumsrecht (vgl. Jörke 2017b: 90).

An diesem Beispiel zeigt sich, dass Tocquevilles Unterstützung »großer Parteien« nicht in erster Linie von ihrer quantitativen Zusammensetzung, sondern vom Inhalt der Idee abhängt, die sie jeweils vertreten. Während die Mittelklasse als Klasse der Eigentümer die Partei der Verteidiger des Privateigentums bilden, würden nämlich nun die »unteren Klassen« anstatt der Aristokratie als neuer Gegenspieler auf den Plan treten und um ihre Ablehnung des Privateigentums als integrierende Idee eine neue »große Partei« bilden (vgl. Tocqueville 1967: 232f.): »Das große Schlachtfeld wird das Eigentum sein; und die politischen Hauptfragen werden

sich um die mehr oder weniger tiefgreifenden Abänderungen des Eigentumsrechts drehen.« (ebd.: 233) Politisch folgert Tocqueville, der eine Eskalation um die Frage des Eigentums um jeden Preis verhindern will, den »unteren Klassen« so weit Zugeständnisse zu machen, dass ihre Lage sie nicht mehr an dem Sinn und Zweck des Privateigentums zweifeln lässt: Um die Bildung einer »großen Partei« noch zu verhindern, fordert er eine schrittweise Einbeziehung der »unteren Klassen« in das Wahlrecht sowie Maßnahmen seitens der Regierung zur Linderung ihres Leids – beides mit dem Ziel, »die unteren Klassen in geordneter und friedlicher Weise an seinen Angelegenheiten [des öffentlichen Lebens] zu interessieren« (ebd.: 234). Tocqueville ist zu dem Zeitpunkt dieser Rede (1847) davon überzeugt, dass dem unaufhaltsamen politischen Aufstieg der Demokratie und damit auch der zunehmenden Präsenz der »unteren Klassen« in der Politik nicht mehr durch deren Ausschluss beizukommen war. Die genannten Zugeständnisse allein versprechen für ihn jedoch noch keine »geordnete« Politik. Neben den bereits vorgestellten institutionellen Maßnahmen zur Sicherstellung einer »gemäßigten« Einführung der Demokratie spielt auch eine weitere intermediäre Institution dabei eine zentrale Rolle: die Beteiligung der Bürger an der lokalen Selbstregierung.

## 7.2 Lokale politische Institutionen

Als Tocqueville Anfang der 1830er Jahre die USA bereiste, beeindruckte ihn insbesondere die Art und Weise, wie dort auf lokaler Ebene regiert wurde. Neu für ihn war dabei vor allem die Tatsache, dass die Einwohner der jeweiligen Gemeinden ihre Angelegenheiten weitgehend selbst regelten – ein derart hoher Grad an Partizipation war für ihn auf der lokalen Ebene in Frankreich, zumindest zu seinen Lebzeiten, nicht bekannt. Im Mittelalter, so berichtet Tocqueville in *Der Alte Staat und die Revolution*, habe es zwar in einer weitgehend vom Gutsherrn unabhängigen Gemeinde in den Dörfern ein noch verhältnismäßig hohes Maß an Selbstverwaltung und Partizipation gegeben: Dörfer und Städte hätten sich selbst nahezu »demokratisch« verwaltet (vgl. ASR: 61).<sup>38</sup> Die aktive »demokratische Selbstregierung«, wie Tocqueville sie nun in Amerika (wieder-)entdeckt, ermögliche dagegen in seinen Augen, »dass die Menschen nicht nur ›Verwaltete‹ bleiben, sondern zu ›Bürgern‹ werden« (DA: 75). Folglich stehen hier bei der Auseinandersetzung mit den lokalen politischen Institutionen zwei Aspekte im Mittelpunkt: das Ausmaß und die Effektivität der Partizipation sowie der erzieherische Aspekt, der aus den Menschen Bürger forme.

Über die Gemeindeordnung in den USA berichtet Tocqueville, dass die Einwohner in jährlichen Wahlen sogenannte »select-men« aus ihrer Mitte bestimmen. Diese seien einerseits für die Erfüllung bestimmter Pflichten seitens des Staates zu-

38 Auch wenn im Absolutismus bis zur Revolution von 1789 der Schein derselben erhalten geblieben sei, habe es in dieser Zeit keine effektive Partizipation mehr gegeben (vgl. ASR: 63).

ständig, andererseits aber auch dafür, den »Volkswillen« zu vollziehen, der in allen anderen Angelegenheiten für die Politik der Gemeinde ausschlaggebend sei. Sie folgen Tocqueville zufolge dabei einer Form von imperativem Mandat: Entweder führen sie bereits vorher von der Gemeinschaft festgelegte Vorhaben aus oder müssen sich, sobald sie »irgendeine Änderung in der festgesetzten Ordnung einführen oder ein neues Vorhaben aufgreifen, [...] an die Quelle ihrer Macht wenden« (DA: 70). Erst nachdem die gesamte Wählerschaft bei einer Versammlung nicht nur das Vorhaben selbst, sondern auch die konkreten Schritte zu dessen Ausführung abgesegnet hat, kann es Tocquevilles Schilderung zufolge umgesetzt werden (ebd.). Die »townships« sind in *Über die Demokratie in Amerika* somit zentral für Partizipation in den USA, weil die Bürger nirgendwo sonst ihre Macht auf direktere Weise ausüben (vgl. Schneck 1989: 650). Das gewünschte Ausmaß an aktiver breiter Partizipation ist für Tocqueville bei den lokalen Institutionen am höchsten.

Die Gründe, aus denen Tocqueville sich für den Rest seines Lebens für eine Aufwertung und Demokratisierung lokaler politischer Institutionen einsetzte, zielten jedoch nicht in erster Linie auf die Selbstregierung als Selbstzweck oder Mittel zu einer rationaleren oder effizienteren Regierung. Vielmehr erfüllte diese Sonderform intermediärer Institutionen für ihn den Zweck, wie ein »Puffer« als vermittelnde und mäßigende Instanz zwischen einzelnen Bürgern bzw. Interessengruppen und der Regierung des Staates zu wirken. Lokale politische Institutionen fungieren nach Auffassung Tocquevilles als intermediäre Institutionen im klassischen Sinne und bilden neben anderen Institutionen die Bande, die eine postaristokratische Gesellschaft zusammenhalten sollen. Es geht Tocqueville nicht um die Selbstregierung als *Ermächtigung* der Bürger, ihr Schicksal gemeinsam in die eigene Hand zu nehmen.<sup>39</sup> Vielmehr geht es ihm darum, den sozialen Frieden und Gemeinschaftssinn zu stiften, den intermediäre Institutionen versprechen. Ausgerechnet bei der politischen Institution, bei der das Ausmaß der Partizipationsmöglichkeiten und der mit ihr verbundene politische Einfluss am größten scheint, ist das Ziel für Tocqueville ein anderes. Selbst in Europa, so stellt er in *Über die Demokratie in Amerika* fest, stimmten alle »darin überein, daß der Gemeindegeist eine wichtige Stufe der Ordnung und der öffentlichen Ruhe bildet« (DA: 75). Dieses Bedürfnis nach Ordnung und Ruhe, so habe ich oben gezeigt, entwickelt Tocqueville aus der Sorge um das Privateigentum, das als letzte verbliebene Säule der aristokratischen Gesellschaft den Siegeszug der Demokratie überlebt hat.

Ihm imponiert dementsprechend besonders, »mit welcher Kunst die amerikanische Gemeinde darauf ausgeht, die Macht gleichsam zu *zersplittern*, um auf diese

39 Schneck zufolge geht daher auch die kommunitaristische Deutung Tocquevilles fehl: Unter anderem bei seinen Betrachtungen zur kommunalen Regierung werde deutlich, dass Tocqueville sie nicht als »befreiend« wahrnimmt, sondern in Schnecks Worten als »wonderfully repressive« (Schneck 1992: 296).



Weise viele Leute am öffentlichen Leben teilnehmen zu lassen« (DA: 76, Herv.i.O.).<sup>40</sup> Ziel dabei ist vor dem Hintergrund der drohenden Gefahr einer mächtigen Zentralregierung, dieser möglichst viele Kompetenzen zugunsten lokaler Körperschaften zu entziehen (vgl. Auderset 2021: 312). Entscheidend ist für Tocqueville dabei, den »üblichen Nachteile[n] großer Menschenanhäufungen« (DA: 184) entgegenzuwirken, die sich in einer »großen Republik« wie den USA zwangsläufig ergeben würden. Die unkontrollierte Herrschaft der »Massen« ist dabei das dystopische Bild, das Tocqueville als ständige Gefahr für demokratische Gesellschaften wie die USA entwirft (vgl. Schneck 1989: 648). Die Stärke der Gemeindeinstitutionen wie auch der föderalen Verfassung ist für ihn ein entscheidendes Mittel, diese Gefahr einzudämmen: »Die Gemeindebehörden und die Grafschaftsverwaltungen bilden also verborgene Klippen, die die Flut des Volkswillens aufhalten oder zerteilen.« (DA: 303) Mit anderen Worten: Wenn sich die Leidenschaften der Menschen immer zuerst an kleinere Gemeinwesen wenden, ist der politische und soziale Frieden der gesamten Nation weniger gefährdet:

»Da nicht alles zwangsläufig einem großen Mittelpunkt zustrebt, gibt es weder riesige Hauptstädte noch unermeßliche Reichtümer, weder große Not noch plötzliche Revolutionen. Die politischen Leidenschaften, statt sich einem Flammentepich gleich über das ganze Land auszubreiten, prallen an den besonderen Interessen und Leidenschaften jedes Staates ab.« (DA: 184)

Mit der Dezentralisierung soll also die Bildung einer gefährlichen, der Bundesregierung und ihren Gesetzen kritisch gegenüberstehenden »Masse« verhindert werden (vgl. Schneck 1989: 652). Städte und Dörfer versprechen dabei laut Schneck unter allen staatlichen Institutionen die Einhegung des »monster of ambiguous mass rule« (ebd.: 650) am besten garantieren zu können.

Allein die Aufsplitterung der nationalen Machtsphäre durch starke Gemeindeinstitutionen ist dabei für Tocqueville jedoch nicht ausreichend. Viel wichtiger noch ist der zweite Grund für sein Lob der lokalen politischen Institutionen, der in ihrer *erzieherischen* Bedeutung liege. In *Über die Demokratie in Amerika* bringt er dies prägnant auf den Punkt: »Die Gemeindeeinrichtungen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaften sind; sie machen sie dem Volke zugänglich« (DA: 68). Erst sie machen aus den »verwalteten« Einwohnern »Bürger« (DA:

40 Vor diesem Hintergrund ist Tocqueville auch ein Befürworter des Föderalismus nach amerikanischem Vorbild (vgl. zu Tocquevilles Haltung zum Föderalismus Krause 2017b: 295ff.). Die eigentliche Stärke der Regierung der USA liege nicht in der Hauptstadt Washington D.C., sondern in den jeweiligen Provinzregierungen (vgl. DA: 161). Gleichwohl solle die Zentralregierung ebenfalls direkt auf die Bürger einwirken können und zur Durchsetzung von Gesetzen nicht auf die Provinzregierungen als Zwischeninstanz angewiesen sein, wie er in seinem *Bericht über die Demokratie in der Schweiz* ausführt (vgl. Tocqueville 2006b: 173ff.).



75). Einerseits zählt dazu das Erlernen der praktischen Fähigkeiten zur Selbstregierung, wie Tocqueville es in den Notizen zu seiner Amerikareise auf den Punkt bringt: »Each man learns to think and to act for himself without counting on the support of any outside power« (Tocqueville 1960: 45). Bei der »Erziehung zum Bürger« handelt es sich jedoch zugleich um eine *Disziplinierung*.<sup>41</sup> Die mäßigende Wirkung lokaler politischer Institutionen auf die leidenschaftlich vorgetragenen Forderungen der Menschen gegenüber der Zentralregierung soll von ihnen internalisiert werden und damit in die »habits of the heart« Eingang finden (vgl. Schneck 1992: 292f.).

Dass es ihm bei der politischen Partizipation in den Gemeinden nicht in erster Linie um die Ausübung von Volkssouveränität geht, zeigt die Bedeutung, die Tocqueville der Zentralregierung in diesem Zusammenhang zuschreibt. Ihr falle ebenfalls eine disziplinierende Aufgabe zu, denn auch der mäßigenden Wirkung der lokalen Selbstregierung sei letztendlich nicht zu trauen. Die Zentralregierung solle den Lokalregierungen der Gemeinden deshalb *von oben* Disziplin lehren, ohne die diese kleinen Körperschaften mit ihrer umfassenden Ermöglichung von Partizipation selbst »tyrannische« Tendenzen entwickeln würden (vgl. Schneck 1989: 652f.).<sup>42</sup> Dieser Aspekt schränkt die Effektivität der lokalen Partizipation noch weiter ein. Es handelt sich bei Tocquevilles in den lokalen politischen Institutionen zur Anwendung kommenden Erziehungskonzept damit um ein zutiefst konservatives Element, das »im Sinne einer die Gesellschaft stabilisierenden politischen Ordnung« (Hereth 2004: 56) fungiert. Diesem konservativen Grundgedanken entspricht Tocquevilles Skepsis gegenüber dem Vorhaben, die »Bildung des Volkes über eine gewisse Stufe emporzuheben« (DA: 226). Umso wichtiger ist es für ihn, dass es noch weitere politische Institutionen der »Bildung« im Sinne der Disziplinierung gibt. Die zentrale Rolle spielen dabei die juristischen Institutionen und insbesondere die Geschworenengerichte (vgl. Blättler 1995: 57f.).

## 8 Politische Institutionen der Rechtsprechung

Bereits bei der Frage nach der Ausbildung und Zusammensetzung der Parlamentsabgeordneten habe ich deutlich gemacht, wie sehr Tocqueville für das demokratische Zeitalter auf die Figur des *Rechtsgelehrten* setzt, die seiner Auffassung nach in der Demokratie »die erste Rolle spielen« (DA: 304) sollte. Durch ihre Ausbildung und

41 Dass die von Tocqueville beschriebenen Gemeinden Neuenglands die Menschen zu den am sozialen Frieden interessierten Bürgern erziehen konnten, lag nicht zuletzt am puritanischen Geist, der diese durchzog (vgl. Schneck 1989: 650, ausführlich dazu Allen 1998).

42 Eine entscheidende Rolle bei dieser Disziplinierung spielt für Tocqueville auch die Religion, die hier nicht näher betrachtet werden kann, da sie nicht als »politische« Institution zu begreifen ist. Für eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Rolle von Religion für die demokratische Politik bei Tocqueville siehe Kahan (2015: 68–93) und Hidalgo (2006: 305–364).